

„Die EU fühlt sich dem Gedanken eines freien und fairen Welthandels verpflichtet.“



Interview mit Markus Ferber
Vorsitzender der
Hanns-Seidel-Stiftung

Markus Ferber, MdEP
Markus Ferber ist Koordinator im Ausschuss für Wirtschaft und Währung im Europäischen Parlament und dort Sprecher des Parlamentskreises Mittelstand. Seit 2005 ist er Bezirksvorsitzender der CSU Schwaben und seit dem 1. Januar 2020 Vorsitzender der Hanns-Seidel-Stiftung.





Alle Mitgliedsländer haben der Europäischen Union das Mandat übertragen, Handelsabkommen mit Nicht-EU-Ländern zu schließen. Solange Deutschland in der EU ist, kann es keine Handelsverträge mit anderen Ländern abschließen. Gerade in der momentanen Situation, in der Handelspolitik der Demonstration von Macht unterliegt, ist es ein unbestrittener Vorteil für jedes einzelne Mitgliedsland, dass es durch dieses Mandat mit der Stimme einer rund 500 Millionen starken Gemeinschaft sprechen kann.

Ein exportorientiertes Land wie Deutschland braucht offene Märkte und profitiert entsprechend von dieser gemeinschaftlichen Lösung. Wie immer in Partnerschaften bedeutet das nicht, dass alle Interessen aller Beteiligten völlig befriedigt werden. Nach der intensiven Diskussion vor allem in Deutschland um das europäisch-amerikanische Freihandelsabkommen, kurz TTIP, war eine große Sensibilität entstanden, Standards, Normen und Werte des eigenen Landes nicht den ökonomischen Prinzipien unterzuordnen. Heute kommt mit sehr großer öffentlicher Aufmerksamkeit das Thema Klimaschutz mit auf die Agenda. Nachhaltigkeit wird auch bei den Handelsabkommen eingefordert. Da sind Meinungsverschiedenheiten, manchmal sogar Konflikte, unausweichlich.

Trotzdem hat die EU seit dem Scheitern von TTIP neue Handelsabkommen abgeschlossen, teilweise sind sie schon in Kraft. Manche beinhalten explizit Nachhaltigkeitskapitel (Mercosur und Vietnam) bzw. Zusagen, das Pariser Klimaabkommen mitzutragen (Japan). Das sind spannende Entwicklungen, die neue Vorstellungen von Handel und internationaler Zusammenarbeit aufzeigen.

Wir haben ein Interview mit dem Europaabgeordneten Markus Ferber geführt, um grundlegende und aktuelle Positionen der EU aus erster Hand zu erfahren.



CLAUDIA SCHLEMBACH: Herr Ferber, am 17. Juli 2018 wurde das Japanisch-Europäische Freihandelsabkommen in Tokio von beiden Parteien unterzeichnet. Die Verhandlungen zu dem Abkommen mit den Mercosur-Ländern sind abgeschlossen und die EU hat mit Vietnam ein Abkommen unterzeichnet. Wenn wir jetzt noch CETA dazu nehmen, präsentiert die EU ein interessantes globales Netzwerk mit ganz unterschiedlichen Akteuren. Steckt dahinter ein Plan?

■ **MARKUS FERBER:** Die Europäische Union fühlt sich grundsätzlich dem Gedanken eines freien und fairen Welthandels und des Multilateralismus verpflichtet. Angesichts der Tatsache, dass es auf Ebene der Welthandelsorganisation schon seit Jahren keinen nennenswerten Fortschritt dabei gibt, diese Ziele auf globaler Ebene voranzutreiben, sind bilaterale Freihandelsabkommen die nächstbeste Alternative. Mithilfe dieser Abkommen gelingt es der Europäischen Union auch, die Globalisierung nach europäischen Vorstellungen zu gestalten.

Geostrategische Überlegungen sind Handelsabkommen oft implizit. Immer mehr aber wird Handel zum politischen Instrument, mit dem auf ganz andere Bereiche abgezielt wird. Donald Trump knüpft Sicherheit und Technologieführerschaft an freien Warenaustausch und droht Europa. Welche Position nimmt die Kommission an dieser Stelle ein? Wie geht sie mit diesem Politikverständnis um und welche Möglichkeiten hat sie, ihre Position zu verteidigen?

■ In den USA haben wir in den vergangenen Jahren in der Tat gewissermaßen eine 180-Grad-Wende in der Außenhandelspolitik erlebt – von einer freihandelsfreundlichen Grundhaltung hin zu einer extrem interessengeleiteten Handelspolitik. Aus europäischer Sicht haben wir auf diese neue Herausforderung derzeit noch keine abschließende und überzeugende Antwort gefunden. Wir haben zwar grundsätzlich auch Handelsschutzinstrumente zur Verfügung, die aber zu dieser Art Herausforderung schlecht passen. Gerade bei der sehr aggressiven US-Politik besteht auch immer die Gefahr, quasi versehentlich in einen Handelskrieg abzudriften. Als Europäer müssen wir eine grundsätzliche Debatte darüber führen, welche Rolle wir in einer immer komplexeren Welt einnehmen wollen, welche Instrumente wir dazu nutzen wollen und ob und inwiefern Handelspolitik dazu beitragen kann.



Freihandelsabkommen werden kritisch gesehen, weil damit letztlich der freie Handel eingeschränkt und die Stellung der World Trade Organisation (WTO), der Welthandelsorganisation, geschwächt wird. Die WTO steht für ein regelbasiertes, multilaterales Handelssystem. Wie lässt sich dieser tatsächliche oder vermeintliche Widerspruch zusammenbringen?

■ In der Tat wäre eine Lösung auf Ebene der Welthandelsorganisation vorzuziehen. Wir müssen aber auch sehen, dass die einschlägigen Verhandlungen auf Ebene der WTO schon vor geraumer Zeit ins Stocken geraten sind. Bilaterale Handelsabkommen sind vor diesem Hintergrund die nächstbeste Lösung und die Europäische Union achtet auch darauf, dass die von der Europäischen Union ausgehandelten Abkommen grundsätzlich mit den Prinzipien der Welthandelsorganisation vereinbar sind. Insofern sehe ich hier keinen grundsätzlichen Widerspruch. Das gilt umso mehr, als sich die Europäische Union parallel darum bemüht, den WTO-Prozess wieder in Gang zu bekommen.

Das Abkommen zwischen EU und Japan sieht einen offenen Wirtschaftsraum vor, der 600 Mio. Menschen und 40 % des globalen Handels erfasst. Japan und Europa hielten bereits davor gute Wirtschaftsbeziehungen. Mercosur und EU bilden ebenfalls einen imposanten neuen Markt, auch hier gab es bereits im Vorfeld Handel. Was bringt jetzt dann dieses Abkommen? Wie wird dieser freie Handel konkret hierbei aussehen?

■ Man kann sich ein solches Abkommen vorstellen wie eine wechselseitige Marktöffnung. Das hat dann noch nicht die Qualität, wie wir sie im europäischen Binnenmarkt genießen, aber wir werden zunächst die Zölle, also die tarifären Handelshemmnisse, abbauen. Bis heute belaufen sich die Zollzahlungen für EU-Exporte nach Japan auf rund eine Milliarde Euro pro Jahr. Die Einsparungen werden selbstverständlich auch den Verbrauchern zu Gute kommen. Aber es geht auch um den Abbau nicht-tarifärer Handelshemmnisse. Hier geht es etwa um Begrenzungen, die nicht immer unmittelbar als Handelshemmnis erkennbar sind: Sicherheitsvorschriften, gesundheitliche und umweltbedingte Standards, aber auch Diskriminierungen bei der Zollabwicklung. All das bedeutet Kosten, die in der Konsequenz häufig von den Bürgern zu tragen sind und die durch ein solches Abkommen obsolet werden. Diese Mechanismen greifen auch beim Abkommen mit Mercosur.



Das Präferenzabkommen mit Japan ist eines der ersten Abkommen der EU, in dem alle Parteien ihre Verpflichtung für die effektive Umsetzung des Pariser Klimaschutzabkommens bekräftigen. In den Abkommen mit Mercosur und Vietnam gibt es jeweils sog. Nachhaltigkeitskapitel, in denen neben den ökonomischen auch die ökologischen und sozialen Aspekte des Handels explizit berücksichtigt werden. Sind das die Zeichen einer neuen, ganzheitlichen Vorstellung internationaler Zusammenarbeit im Handel?

■ Das Thema Nachhaltigkeit hat in den vergangenen Jahren zu Recht an Bedeutung gewonnen. Auf europäischer Ebene spiegelt sich das zum Beispiel in ausgesprochen ambitionierten Klimazielen, die sogar noch über die internationalen Verpflichtungen hinausgehen. Aber es ist natürlich auch klar, dass sich der Klimawandel nicht allein durch europäisches Engagement bekämpfen lassen wird. Wenn wir globale Probleme lösen wollen, brauchen wir dazu internationale Zusammenarbeit. Intelligent designte Freihandelsabkommen, die beispielsweise Nachhaltigkeitskapitel enthalten, können dabei ein Teil der Lösung sein. Das gilt umso mehr für den Handel mit Regionen, die bislang deutlich weniger strikte Klima- und Umweltschutzstandards haben als wir Europäer.

Umwelt und vor allem Klima sind aktuell Themen mit viel öffentlicher Aufmerksamkeit. Präsident Macron hat kurz nach Abschluss der Mercosur-Verhandlungen signalisiert, dass er das Abkommen mit Mercosur nicht unterschreiben werde, solange der Regenwald brennt. Die eine Stimme von Europa war hier nicht erkennbar. Welchen Handlungsspielraum hat die EU in Situationen, in denen viele Interessen zusammenlaufen und nicht alle sich an der Sache orientieren?

■ Diese Äußerungen habe ich als sehr unglücklich empfunden. Inzwischen haben wir ähnliche Äußerungen seitens der neuen österreichischen Regierung gehört. Die Mitgliedstaaten müssen sich aber schon grundsätzlich die Frage gefallen lassen, ob es nicht die Glaubwürdigkeit der EU massiv beschädigt, wenn die Mitgliedstaaten der Europäischen Kommission erst ein Verhandlungsmandat erteilen und über Jahre hinweg verhandeln lassen, um das Ergebnis dann in letzter Minute in Frage zu stellen. Hier sind viele Mitgliedstaaten nicht ganz ehrlich und ich kann vor einer solchen Haltung nur warnen. Am Ende geht es hier nämlich um langfristige Weichenstellungen, die für Europas Rolle in der Welt ganz entscheidend sind. Kurzfristige politische Erwägungen, wie man am besten die gerade vorherrschende politische Stimmung im Heimatland bedienen kann, sollten da also entsprechend keine Rolle spielen.



Natürlich beinhalten Handelsabkommen immer auch Kompromisse, an denen die Kritiker andocken. Die japanische Haltung zum Walfang ist ein solcher Punkt, immerhin ist Japan aus der Internationalen Walfangkommission (IWC) ausgetreten. Und auch in Sachen Arbeitssicherheit haben wir doch sehr unterschiedliche Vorstellungen.

■ Das Abkommen mit Japan enthält keine gesonderten Regeln zum Walfang. Das ist bereits in anderen Abkommen umfassend geregelt. Sowohl der Walfang als auch die Einfuhr von Walfleisch sind in der EU verboten. Das wird auch so bleiben. Wenn Japan sich in dieser Frage den europäischen Ländern Island und Norwegen anschließt und auf eine lange Geschichte verweisen kann, in der Walfang teilweise das einzige Mittel war, um die Bevölkerung zu ernähren, kann das kein Ausschlusskriterium für ein Freihandelsabkommen sein.

Tatsächlich hat Japan bislang zwei grundlegende Übereinkommen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) noch nicht ratifiziert. Dabei geht es um die Abschaffung der Zwangsarbeit und um die Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Aber de facto ist es so, dass die Parteien vereinbart haben, die ILO-Kernarbeitsnormen zu achten, zu fördern und zu verwirklichen. Dazu gehört das Recht auf Kollektivverhandlungen, die Abschaffung der Zwangs- und Pflichtarbeit, das Verbot der Diskriminierung in Beschäftigung und Beruf. Das heißt zum einen, dass sich Japan verpflichtet, den materiellen Regelungsgehalt aller ILO-Übereinkommen zu beachten. Das ist ein Schritt in eine gute Richtung. Wir sollten nicht vergessen, dass kulturelle Unterschiede manchmal befremdlich wirken, aber das gilt eben für alle Seiten. Annäherung braucht Zeit.



Vietnam. Ein kleines, aufstrebendes Land, wirtschaftlich betrachtet eher unbedeutend für die EU. Die libertäre Idee, dass Menschen, die Handel treiben, keine Kriege führen, dass mit den wachsenden Beziehungen Raum entsteht für Demokratisierungsprozesse, scheint Hauptmotor für das Zustandekommen. Hält die EU an dieser Idee fest, obwohl sie durch das Wachstum und Auftreten Chinas auf den Weltmärkten bei weiterhin bestehenden staatskapitalistischen Strukturen erschüttert wird? Wie sehen Sie die weitere Entwicklung in diesem sog. „Systemwettbewerb“?

■ Wir haben uns lange von der Grundvermutung leiten lassen, dass die wirtschaftliche Öffnung in Drittstaaten quasi zwangsläufig auch zu einer politischen Öffnung und damit zu Demokratisierungsprozessen führen wird. Diese Entwicklung ist aus empirischer Sicht auch nach wie vor der häufigste Fall. Mit dem Aufstieg Chinas gibt es nun aber auch ein Gegenmodell, das ein nach wie vor autoritäres Regime mit relativer wirtschaftlicher Freiheit und wirtschaftlichem Erfolg verbindet. Ich bin nach wie vor fest davon überzeugt, dass das europäische Modell, das auf Demokratie, Rechtsstaatlichkeit und sozialer Marktwirtschaft fußt, attraktiver ist und für viele Entwicklungsländer eine geeignete Blaupause darstellt. Für dieses Modell müssen wir als Europäer aber natürlich auch international eintreten – und zwar gemeinsam.

Sie halten es also für wichtig, dass die europäischen Länder ihre Verhandlungsmandate in Sachen Handelsabkommen an die EU abgegeben haben?

■ Absolut. Handel hat natürlich immer auch eine geostrategische Auswirkung. Und in diesem Sinne ist es wichtig, dass wir uns einer Entwicklung entgegenstellen, die auf eine bipolare Weltstruktur hinausläuft. Die wird heißen: USA gegen China. Ein Land wie Deutschland, mag es wirtschaftlich noch so gut dastehen, wird dabei nur eine marginale Rolle spielen können. Europa ist auch für die beiden großen Mächte ein ernst zu nehmender Faktor. Ein Faktor, der für Werte steht, die derzeit erodieren: Freiheit, Gleichberechtigung, Selbstbestimmung. Wir haben uns lange auf den Partner Amerika verlassen. Diese Rechnung geht zumindest im Moment nicht auf. Das haben viele Staaten erkannt, die ähnliche Wertstrukturen haben wie wir in Europa. Japan gehört dazu, wenn auch nicht vollständig. Wir sollten weiter daran arbeiten, Partner zu finden, die sich mit uns verbünden im Kampf um Demokratie, Freiheit, internationale Organisationen. Dafür brauchen wir aber auch ein starkes Europa.



In der Quintessenz geht also tatsächlich um den Erhalt einer liberalen, regelbasierten Weltordnung, die ein starkes Europa braucht?

■ Ja, die europäische Wirtschaft – und das gilt für die deutsche Volkswirtschaft umso mehr – ist sehr stark vom Export abhängig. Damit unser Wirtschaftsmodell florieren kann, braucht es eine offene und regelbasierte Weltordnung. Deswegen haben wir als Europäer ein starkes Eigeninteresse, uns für ein solches System einzubringen. Die neue Europäische Kommission unter Ursula von der Leyen hat angekündigt, dass sie eine „geopolitische Kommission“ sein will. Das ist angesichts der Herausforderungen, denen sich die EU gegenüber sieht, der richtige Ansatz. Es darf aber nicht bei schönen Überschriften bleiben. Die Europäische Kommission muss die kommenden Jahre gut nutzen, um einen ganzheitlichen geopolitischen Ansatz zu entwickeln, der natürlich auch handelspolitische Instrumente umfassen muss.

///